16. Wahlperiode 27. 11. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

 zu dem Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/2995 –

Keine Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt

 zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Ute Koczy, Thilo Hoppe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2626 –

Keine Hermes-Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm in der Türkei

A. Problem

Keine Gewährung von Hermes-Bürgschaften für den Ilisu-Staudamm, da dieses Projekt nicht den Empfehlungen und Standards der Weltstaudammkommission entspricht.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen: den Antrag auf Drucksache 16/2995 abzulehnen, den Antrag auf Drucksache 16/2626 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2006

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard BulmahnVorsitzende

Erich G. Fritz
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/2626** wurde in der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 2006 und der Antrag auf **Drucksache 16/2995** in der 57. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Die Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung in ihren Anträgen auf, keine Hermes-Bürgschaften zur Absicherung von deutschen Exporten zugunsten des geplanten Ilisu-Staudammprojekts in der Türkei zu bewilligen. Beide Fraktionen befürchten, dass das Projekt unwiederbringliche Kulturgüter vernichten würde. Bei einer Flutung von 313 Quadratkilometern würden die kulturellen Schätze der Jahrtausende alten Stadt Hasankeyf für immer untergehen. Die Stadt gelte als eine der ältesten Siedlungen der menschlichen Zivilisation. Die Pläne zur Rettung des Kulturgutes, wonach die Stadt oberhalb des Stausees wieder errichtet werden soll, hält die Fraktion DIE LINKE. für unrealistisch. Darüber hinaus wären die Anrainerstaaten Syrien und Irak von der Aufstauung des Flusses Tigris betroffen. Die Türkei habe ihre Nachbarn nicht in die Projektentwicklung einbezogen. In den wasserarmen Sommermonaten drohe der Staudamm zu einer Quelle internationaler Spannungen zu werden, wenn der Wasserdurchfluss nach Syrien und in den Irak drastisch reduziert werden könnte.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist in ihrem Antrag ferner auf die unbefriedigenden Umsiedlungspläne für die Regionen hin. Auch seien die Folgen für den Naturhaushalt und die biologische Vielfalt unkalkulierbar.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksachen 16/2995 und 16/2626 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der Auswärtige Ausschuss hat die Vorlage in seiner 28. Sitzung am 8. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 8. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die

Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 23. Sitzung am 8. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat die Vorlage in seiner 22. Sitzung am 8. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Vorlage in seiner 25. Sitzung am 8. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 2

Der Auswärtige Ausschuss hat die Vorlage in seiner 26. Sitzung am 18. Oktober 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 28. Sitzung am 27. September 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 19. Sitzung am 27. September 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat die Vorlage in seiner 22. Sitzung am 8. November 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Vorlage in seiner 21. Sitzung am 27. September 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf Drucksachen 16/2995 und 16/2629 in seiner 23. Sitzung am 8. November 2006 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2995 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss ferner mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2626 zu empfehlen.

Berlin, den 8. November 2006

Erich G. Fritz Berichterstatter